

Ein Marshall-Plan für die Dritte Welt?

Souveränität der Entwicklungsländer für ihre eigenen Ressourcen

VON K. FRIEDRICH SCHADE

Keine entwicklungspolitische Diskussion, kein Positionspapier zu Fragen der Dritten Welt, der Neuen Weltwirtschaftsordnung oder zu der von den Kirchen geforderten entwicklungspolitischen Neubesinnung geht an der bedrohlichen Verschuldung der Entwicklungsländer vorbei. Dies gilt für die nationale, internationale und ökumenische Entwicklungsdebatte gleichermaßen. Auf den großen internationalen Konferenzen werden die wachsenden Außenstände der unterentwickelten Länder in zunehmendem Maße zum neuralgischen Thema, an dem weitere Vereinbarungen scheitern. Die letzte große IV. Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen und die Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Pariser Nord-Süd-Dialog) belegen dies in ernüchternder Art und Weise. Die nächsten wichtigen multilateralen Termine der UNO kennen deshalb so gut wie nur ein Thema: die Auslandsverschuldung der Dritten Welt. Dies wird unmittelbar einsichtig aus der Bedeutung, die Krediten im finanziellen Transfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zukommt. Beispielsweise bestanden die bundesdeutschen Entwicklungsleistungen bisher (1950 — 1976) zu 61 Prozent aus Krediten. Privatwirtschaftliche Transaktionen bundesdeutscher Unternehmer in Richtung Dritte Welt, die trotz ihrer Gewinnorientierung noch in die Statistik der Entwicklungsleistungen eingehen, wurden zu 46 Prozent im gleichen Zeitraum auf dem Kreditwege abgewickelt. Geht man davon aus, daß auch die deutschen Privatinvestitionen in der Dritten Welt zur Verschuldung der Entwicklungsländer im weiteren Sinne zu rechnen sind, ergibt sich ein in der breiten Öffentlichkeit viel zu wenig bekanntes Charakteristikum der Entwicklungspolitik: Nur 22 Prozent der gesamten bisherigen bundesdeutschen Leistungen an die Dritte Welt fallen unter „Entwicklungshilfe“ im engeren Sinne, sind also Zuwendungen, die nicht zurückgezahlt werden müssen.

Die Diskussion um die Auslandsverschuldung der Dritten Welt wird bewegt durch ihr Ausmaß und schnelles Wachstum. Einige Stimmen warnen schon vor einem Kollaps der internationalen Wirtschaft wie in den 30er Jahren. Andere fordern — z. T. gerade deshalb — eine Ausweitung der Kreditvergabe. Zunächst einmal die Fakten: Die Auslandsverschuldung der Dritten Welt hat sich von 1956 bis Ende 1974 verfünffzehnfacht, wobei ihre Zuwachsrate ebenso wie die der erforderlichen Rückzahlungsleistungen zweimal so hoch gewesen sind wie die

Steigerungsraten, die die Exporteinnahmen (und damit die für die Schuldentilgung wichtigen Devisen) der Entwicklungsländer aufweisen konnten. Die sich vergrößernde Schere zwischen Abhängigkeit durch Verschuldung und dafür notwendiger Leistungskapazität wird auch daran deutlich, daß die Verschuldung von dreimal so hohen Expansionsraten gekennzeichnet war wie die des Brutto-sozialproduktes der Entwicklungsländer.

Rapides Wachsen der Auslandsverschuldung

Das Wachstum der öffentlichen Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer (das sind sämtliche von öffentlichen Stellen in Entwicklungsländern aufgenommenen Kredite) hat sich seit 1973, dem Jahr der Erhöhung des Preises für Öl und für die Exportgüter der Industrieländer, rapide beschleunigt. Beispielsweise stiegen sie 1974 gegenüber dem Vorjahr um 24 Prozent (1970: 15 Prozent). Sie hat inzwischen eine Größenordnung von weit mehr als 200 Milliarden US-Dollar erreicht (Gläubigeranteil der BRD allein 67 Milliarden DM). Rechnet man die bei der Privatwirtschaft aufgenommenen Kredite hinzu, so dürfte die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer zur Zeit mindestens 250 — 300 Milliarden Dollar betragen.

Von der Struktur her handelt es sich dabei um 1. Lieferantenkredite ausländischer Exporteure, 2. kommerzielle Kredite ausländischer Banken, 3. Anleihen auf ausländischen Kapitalmärkten, 4. kommerzielle oder quasikommerzielle Kredite von öffentlichen Sektoren des Auslandes, 5. bilaterale und multilaterale öffentliche Kredite, 6. Zahlungsbilanzkredite des internationalen Währungsfonds und, offiziell von den statistischen Konventionen ausgeklammert, um 7. ausländische Direktinvestitionen („Zins“ und „Tilgung“ fließen hier in Form von Gewinnen ab). Hieraus wird zugleich deutlich, daß es sich bei den Kreditgebern um sehr verschiedene Institutionen handelt, die von der Privatwirtschaft über Regierungen bis hin zu internationalen Organisationen reichen.

Etwa ein Drittel der Schulden besteht gegenüber kommerziellen Gebern, ein weiteres Drittel entfällt auf öffentliche Kredite. Das restliche Drittel schließlich setzt sich etwa je zur Hälfte aus Schulden beim Internationalen Währungsfonds und bei den OPEC-Ländern zusammen. Infolge der ungleichen Konditionen, zu denen Kredite gewährt werden, beanspruchen die meist viel schneller fälligen und teureren kommerziellen Schulden bereits etwa 60 Prozent, die Schulden aus öffentlicher Hand etwa 20 Prozent des jährlichen Schuldendienstes. Wichtig ist die Frage, wieviel von den laufenden Devisenerlösen der Entwicklungsländer für den Schuldendienst beansprucht werden und damit nicht zum Erwerb von Gütern und Technologien zur Verfügung stehen. Einige Länder sind so hoch ver-

schuldet, daß sie ihren Verpflichtungen nur durch Neuaufnahme von Krediten nachkommen können.

Umschuldung, Moratorium, Entschuldung ...

Von daher mag, zumindest vordergründig, verständlich erscheinen, daß verschiedentlich für die Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer (LLDC) eine Streichung der öffentlichen Schulden, für die von der Ölpreiserhöhung am schwersten betroffenen Länder (MSAC) eine Umstellung ihrer Schulden auf die günstigen Konditionen der öffentlichen Kredite (z.B. 0,75 Prozent Zinsen bei einer Laufzeit von 50 Jahren), mehr oder weniger generell für die Dritte Welt eine Erhöhung der Kreditvergabe seitens der multilateralen Finanzierungsinstitute, eine Konsolidierung der kommerziellen Kredite für einen Zeitraum von 25 Jahren und ein allgemeines Moratorium für öffentliche Kredite gefordert wurden. Zugleich mehren sich in den Industrieländern Stimmen, die eine mächtige, kaum vorstellbare Expansion der Kreditmöglichkeiten für die Dritte Welt vorschlagen. Zum 30. Jahrestag des Marshall-Plans, des European Recovery Program, schlug beispielsweise Theo Sommer in der „Zeit“ vor, die Großherzigkeit der US-Amerikaner, deren Angebot von 20 Milliarden Dollar damals 12 Prozent ihres Bruttosozialproduktes entsprach, für die Dritte Welt nachzuahmen, angesichts der wachsenden Nord-Süd-Kluft und der wachsenden Arbeitslosigkeit in den reichen Staaten mit der Begründung: „Wenn wir uns selber helfen wollen, müssen wir den Armen, den Ärmsten, helfen.“ (Die Bundesrepublik stellt etwa 0,4 Prozent ihres Bruttosozialproduktes jährlich dem Entwicklungstransfer zur Verfügung.) Ähnlich äußerten sich der Ratsvorsitzende der EKD, Helmut Class, in einer Erklärung aus gleichem Anlaß, ebenso die ehemalige Entwicklungsministerin, Marie Schlei, und der Vorsitzende der neuen Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt.

Die Beschäftigung mit der Schuldenlage der Dritten Welt ist daher in der Ökumene wie entwicklungspolitischen Gremien der EKD als vordringlich herausgestellt worden; was aber schon deshalb wichtig ist, weil an ihr besonders gut der Nord-Süd-Konflikt verdeutlicht werden kann, auch wenn sie häufiger zum Anlaß vorurteilsgeladener Attacken gegen die Dritte Welt genommen wird. Bezeichnend dafür ist, daß trotz ausgezeichneter Zahlungsmoral der Entwicklungsstaaten immer wieder von „goldenen Betten luxurieriger Potentaten“, dem „Leben über die Verhältnisse“ (dpa), von „Schlendrian“ und „hemmungsloser Verschwendung“ die Rede ist. „Die Entwicklungsländer müssen wissen, daß Kreditverträge mehr als nur ein Fetzen Papier sind ...“ (FAZ). Die Dritte-Welt-Staaten werden hier pauschal zum Buhmann gemacht, obwohl gerade im Kreditgeschäft nicht einzu-

sehen ist, wieso der Kreditaufnahme etwas Unmoralisches anhaften soll. Es wäre genauerer Betrachtung wert, ob gerade die Kreditgeber ein Interesse daran haben könnten, dem Sachverhalt eine moralische Disqualifizierung anzuheften. Wie wäre es sonst zu erklären, daß beispielsweise der Weltbank als — neben dem Internationalen Währungsfonds (IWF) — größtem Kreditgeber bei „Milliarden Schulden“ (gegenüber den Einlegern aus den Industrieländern) „ein guter Ruf“ nachgesagt wird, während die Entwicklungsländer als Kreditnehmer genau dieser Bank mit dem Makel des Schuldenmachens behaftet werden, obwohl die Weltbank noch nie einen Fall von Zahlungsunfähigkeit erlebt hat (FAZ)?

... als neue Basis privater Geschäfte?

Wenn vom „Kreditaufschwätzen“ die Rede ist (Süddeutsche Zeitung), zu dem auch Regierungen der Industrieländer nur oft genug ermutigten, trifft dies manchen Sachverhalt schon richtiger. Denn Kredite sind in erster Linie ein Geschäft für den „Geber“. Das leuchtet unmittelbar ein bei den kommerziellen Krediten, der Geschäftscharakter gilt im wesentlichen aber auch für die öffentlichen Kredite, die sogenannten „Kapitalhilfen“. Auch sie müssen zurückgezahlt werden. Ihr Entwicklungshilfeelement besteht in Vorzugsbedingungen gegenüber dem Markt. Diese Subvention über den Bundeshaushalt bezahlt der Steuerzahler, obwohl auch die (öffentliche) Kapitalhilfe in erster Linie privatwirtschaftliche Interessen in den Geberländern absichert. Auch die US-Amerikaner wußten dies, als sie ein Teil der Marshall-Plan-Gelder gar nicht mehr zurückverlangten, was bei uns heute im allgemeinen bereits in Vergessenheit geraten ist.

Die überwiegend privatwirtschaftliche Funktion öffentlicher Kredite läßt sich leicht an der von den Industrieländern lange offiziell geübten Lieferbindung verdeutlichen. Der Kreditgewährende verpflichtet in diesem Falle den Kreditnehmer, die gewährte Summe voll für den Wareneinkauf im „Geberland“ zu verwenden. Dies erlaubte nicht nur über die Art der gekauften Produkte mit zu entscheiden, sondern auch das Preisniveau zu bestimmen. Die Entwicklungsländer haben mit Unterstützung der Kirchen die Lieferbindung lange bekämpft und erreicht, daß einige wenige Industrieländer (z.B. die BRD) fast gänzlich auf diese Auflage verzichtet haben. Faktisch ist aber der Einfluß der Geber noch so groß, daß nach wie vor Kredite ein sicheres Mittel der Exportförderung für die „reichen“ Länder darstellen (mit insgesamt wohl mehr als 100% Rückfluß in Form von Aufträgen). So ist es vornehmlich auf den Druck der Privatwirtschaft zurückzuführen, daß die Industrieländer bei Zahlungsunfähigkeit eines Entwicklungslandes mit staatlichen Mitteln (aus dem Steueraufkommen) eingriffen, um so z.B. einen Zahlungsaufschub zu ermöglichen (Umschuldung). Auf diesem Wege

gelingt es auch den Banken der Industrieländer, lukrative Geschäfte mit der Dritten Welt zu tätigen, das Risiko aber auf multilaterale Entwicklungsinstitutionen oder auf bilateralem Wege auf die Regierungen der Geberländer abzuwälzen. Zugleich eröffnet das Instrument der Kreditvergabe dem „Geber“ die Möglichkeit, trotz mehr oder weniger kommerzieller Basis auf die Struktur der Projekte und damit der wirtschaftlichen Entwicklung eines anderen Landes Einfluß zu nehmen.

Über eine Absatzmarkterschließung hinaus kann dies u. a. Förderung von Privatinvestitionen bundesdeutscher Unternehmer, Sicherung der eigenen Rohstoffzufuhr zu günstigen Preisen und Export moderner kapital- und energieintensiver Technologien bedeuten, die häufig die Abhängigkeit der Dritten Welt vom Import „fremder“ Waren und Ideen weiter erhöhen. Die Verpflichtung des „Nehmers“ zur Garantie ausländischer privatwirtschaftlicher Betätigung im Entwicklungsland gehört aus all diesen Gründen zum „normalen“ Bestandteil von Kapitalhilfeverträgen zwischen Industrie- und Entwicklungsland. Es darf zu den großen unbestrittenen, wenn auch in der breiten Öffentlichkeit häufig noch zu wenig beachteten Verdiensten des Ökumenischen Rates der Kirchen und auch der bundesdeutschen kirchlichen Entwicklungsdiskussion, z. B. in der Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst, gerechnet werden, diese nicht einfachen Strukturzusammenhänge unvoreingenommen und sachlich begründet herausgestellt und zu ihrer Beachtung beigetragen zu haben.

Kredite: Mannigfaltiges Druckmittel

Zu den wirtschaftlichen Interessen der Geber treten bei der Kreditvergabe häufig erfolgreich durchgeführte Versuche einer politischen und militärischen Einflußnahme auf den Kreditnehmer. Wenn ein Land allzu eigenständige Wege gehen will oder sich Einflüssen transnationaler Konzerne (TNK) zu entledigen sucht (mit den TNK befaßt sich ein neues Schwerpunktprogramm des Ökumenischen Rates), so muß es im allgemeinen über die Gegenmaßnahmen von privatwirtschaftlicher Seite hinaus auch immer mit Reaktionen der öffentlichen Kreditgeber rechnen. Die Industrieländer, die sich gegen einen allgemeinen (multilateralen) Schuldenerlaß gewandt haben, wollen sich also damit nicht ihrer bilateralen Einflußmöglichkeiten auf einzelne Staaten begeben. Solche Formen der Einflußnahme gingen lange Zeit, in der die USA allein führende westliche Wirtschaftsmacht war, von diesem Staat und den von ihm sehr stark beeinflussten Kreditinstitutionen, wie Weltbank (IBRD) oder Internationaler Währungsfonds (IWF), aus. Heute bedient sich der gesamte Westen, wenn sich die Geberländer einzeln nicht genügend gegenüber einem Entwicklungsstaat durchsetzen können oder wo

widerstrebende Interessen der einzelnen Geber dem „Gesamtinteresse“ der Marktwirtschaftsländer zuwiderlaufen, der IBRD oder des IWF. Mit der Unterstützung des letzten, des größten Kreditgebers, kann nur rechnen, wer das von ihm verordnete Rahmenprogramm akzeptiert. Erst mit dem Plazet des IWF kommt er in den Genuß von Kapitalhilfe seitens der Weltbank und von Geldern größeren Umfanges einzelner Geberländer. Der IWF, der nicht der UN-Kontrolle unterliegt und dessen Statut den westlichen Industrieländern große Vorteile verschafft, verbindet seine Kredite auch mit ideologischen Auflagen (z.B. Liberalisierung der Wechselkurse, Abschaffung von Importkontrollen, Abwertung der Währung, Abbau der öffentlichen Ausgaben, Lohnstopps und Förderungsmaßnahmen zugunsten des ausländischen Kapitals). Darauf hat der Ökumenische Rat bereits vor Jahren in bahnbrechender Weise hingewiesen, in dem er eine gründliche Studie über die Rolle des Währungsfonds erstellen ließ. Was damals in der Öffentlichkeit in seiner Bedeutung selten erkannt wurde, gehört heute zum elementaren Bestandteil entwicklungspolitischer Reformbestrebungen seitens der Vereinten Nationen und einzelner Geberländer. Gerade die erst jüngere Menschenrechtsdiskussion in der Ökumene hat diesen Zusammenhängen aus anderer Perspektive neue Relevanz verschafft. Denn die Interventionen vornehmlich von Währungsfonds oder auch Weltbank z.B. in Indonesien, Brasilien, Argentinien, Südkorea, Philippinen oder Chile, die mit der Machtübernahme oder Stabilisierung oft diktatorischer, die Menschenrechte grob verletzender Regime parallel liefen, lassen bereits die Regierung der USA fragen, warum die mächtigsten Schaltstellen weltwirtschaftlichen Geschehens bisher weitgehend außerhalb entwicklungspolitischer Steuerung z.B. im Sinne auch einer Berücksichtigung der Menschenrechte geblieben sind. Vielleicht ergeben sich daraus größere Chancen für die Entwicklungsländer, im Rahmen der Verschuldungsfrage eine Änderung der Statuten des Weltwährungsfonds zu fordern.

Kapitalmangel in der Dritten Welt?

Langfristig wichtiger als die Modalitäten von vermehrter Verschuldung und Entschuldung erscheint der ökumenischen Entwicklungsdebatte die Beantwortung der ganz zentralen Frage, aus welchen Gründen die Diskrepanz zwischen eigenem, scheinbar geringem Kapitalangebot in der Dritten Welt und ihrem Kapitalbedarf so groß ist, weshalb sie also auf externes Kapital angewiesen zu sein scheint. Die verbreitete Vorstellung des — gleichsam naturbedingten — Kapitalmangels in der Dritten Welt ist oberflächlich, ja falsch. Denn in den Entwicklungsländern liegt sehr viel Kapital brach, weil es der Wirtschaftspolitik dieser Länder — eben auch durch Fremdeinflüsse wie die der Kapitalhilfe — schwergemacht wird, vorhandene Ressourcen (z.B. Rohstoffe) selbständig und für die eigene

Gesellschaft gewinnbringend und im Überfluß vorhandene Produktionsfaktoren (vor allem Arbeitskräfte) zu mobilisieren. Deshalb setzen sich die Kirchen der Ökumene für eine zügige Behandlung des von den Vereinten Nationen angestrebten integrierten Rohstoffprogramms und der damit verbundenen Vorschläge für eine Neue Weltwirtschaftsordnung ein. Bekannt ist auch, daß ausländische, oft durch Maßnahmen der Entwicklungshilfe geförderte Privatunternehmen aus den Industrieländern ein Mehrfaches ihrer Investitionen in der Dritten Welt an Gewinnen in die reichen Länder rücktransferieren. Bildungs-, Beschäftigungs- und Einkommenseffekt der Investitionen bleiben dagegen oft gering, erweisen sich nicht selten gar als negativ. Solche Erfahrungen dürfen nicht pauschal verallgemeinert werden, aber der Hinweis auf sie gehört zu den zwar oft als unbequem empfundenen, aber wichtigen Anregungen aus der Ökumene. Ein abschreckendes Beispiel bildet die Kapitalvernichtung durch Zerstörung einheimischen Handwerks und eigenständiger Kleinindustrie. Da die transnationalen Konzerne ihren Standort beliebig wechseln können, bleiben nach Schließung ihrer Tochterunternehmen meist verkrüppelte Wirtschaftsgebiete zurück. Diese Verhaltensweisen sind nun aber nicht der Bössartigkeit der Unternehmer anzulasten; sie entspringen vielmehr logisch-konsequent den Prinzipien, denen sich die Kapitalnutzung in den marktwirtschaftlich ausgerichteten Industrieländern zu unterwerfen hat. Auch auf diesen Strukturzusammenhang haben Arbeiten aus der ökumenischen Entwicklungsdiskussion hingewiesen. Sie fordern ein erhebliches Umdenken für das Gesamtverhalten technisch hochentwickelter gegenüber uns fälschlicherweise oft „einfach“ erscheinenden Gesellschaften — ein Prozeß, der durch die ideologische Ost-West-Konfrontation vorbelastet ist.

Verschuldung erhöht Fremdbestimmung

Die mit der Tätigkeit ausländischen Kapitals häufig verknüpfte Orientierung der Entwicklungsländer an den Märkten der Industrieländer führt zu gesamtgesellschaftlich ungünstiger Kapital- und Ressourcenverwendung. Sie erhöht die außenwirtschaftliche Abhängigkeit, die sich vor allem in instabilen, häufig fallenden Preisen der Rohstoffexporte, aber auch in tendenziell steigenden Industriegüter-Importpreisen und unnötig großem Devisenbedarf dokumentiert. Dies sind Prozesse von Kapitalverknappung, die wiederum zur Kreditaufnahme zwingen. Da aber Kredite im allgemeinen in der Währung des Gebers oder in Hartwährung zurückzuerstatten sind, zwingt eben diese Fremdkapitalaufnahme zu einer Verstärkung des Exportsektors in der Wirtschaft und damit zu einer Produktionsweise, die, wie sich gezeigt hat, das Bruttosozialprodukt erhöhen und einer kleinen Elite zwar Wohlstand schaffen kann, der breiten Masse der Bevölkerung aber nicht die Grundbedürfnisse zu befriedigen vermag. Darauf haben

Studien auf Initiative des Ökumenischen Rates bzw. dort erarbeitete Bilanzen frühzeitig und insofern mit Erfolg verwiesen, als die Debatte um die basic needs heute mehr und mehr in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Überlegungen rückt.

Statt Fremdkapitalvermehrung ...

Unser Gesamtergebnis lautet: durch Kreditvergabe (Kapitalhilfe) ausgelöste Prozesse lenken häufig das Eigenkapitalangebot der Dritten Welt fehl, behindern seine entwicklungsfördernde Nutzung. Nicht ohne Grund sind fast alle hochverschuldeten Entwicklungsländer durch teilweise katastrophal defizitäre Zahlungsbilanzen und das Ausbleiben breit gefächelter, der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommender Entwicklung gekennzeichnet (z.B. Brasilien). Die Thesen aus der ökumenischen Entwicklungsdiskussion, daß eine entscheidende Änderung in der Situation des Kapitalmangels der Dritten Welt in diesen Vorgängen und nicht primär in der Vermehrung des Fremdkapitalangebotes (wie z.B. durch Schuldenerlaß) zu suchen ist, leuchten ein. Positiv gesprochen schlägt der Ökumenische Rat daher auch eine Reform des IWF vor (z.B. in Form gerechterer Verknüpfung von zusätzlicher internationaler Liquidität und Entwicklungsfinanzierung, dem sogenannten *link*). Es geht ihm aber gemäß seinen vier Prinzipien der *andersartigen Entwicklung* primär um eine stärkere Position der Dritten Welt bei der Vermarktung ihrer Rohstoffe, um zumindest mit der Preisentwicklung der Industrieländer Schritt halten zu können, wobei die Einnahmen aus solchen Kartellen in der Dritten Welt besser zu verteilen wären; um eine Politik des *self reliance*, die eine gerechtere (*social justice*) und bessere, nicht nach außenwirtschaftlichen, sondern nach gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen erfolgende Kombination der vorhandenen Produktionsfaktoren — vor allem der brachliegenden Arbeitskraft — herbeiführen müßte und dabei auf eine bessere Einpassung ausländischer Investitionstätigkeit in der Dritten Welt zu achten hätte, soweit diese eine entwicklungspolitisch komplementäre Funktion übernehmen kann. Maßnahmen dieser Art hätten zur Folge, daß nicht weiter ein großer Teil der Wertschöpfung in der Dritten Welt von den Industrieländern absorbiert, statt dessen aber die Kapitalnutzung und Kapitalschöpfung (auch des human capital, also die schöpferischen Kräfte) in den Entwicklungsländern ermutigt würden (*people's participation*).

...mehr Freiheit für die eigenen Kräfte

Sich für derartige Änderungen einzusetzen, die sich auch ohne totale Änderung des Weltwirtschaftssystems erreichen ließen und nicht dessen dirigistische Neuordnung voraussetzen, ist eine vordringlichere, problemgerechtere Aufgabe der

Industrieländer als die Vermehrung des Kreditangebotes. Das verlangt aber von den Industrieländern weit mehr Toleranz gegenüber eigenständigen Wegen (*liberation*) in Entwicklungsländern. Andernfalls wird der Kapitalmangel in der Dritten Welt anhalten und die von den Industrieländern betriebene und vielleicht im Rahmen eines neuen Marshall-Planes erweiterte Kreditvergabe die bisherigen Ungleichgewichte eher verstärken bzw. lediglich den kleinen Eliten in der Dritten Welt exklusiv-enklavenhafte Beteiligung am weltwirtschaftlichen System ermöglichen. Zweifellos steckt in dem Vorschlag eines Marshall-Planes für die Dritte Welt sehr viel moralischer Impetus und wirtschaftlicher, auf die Interessen der Industrieländer abzielender Sachverstand. Doch erst unter Berücksichtigung der strukturellen Ursachen der Unterentwicklung gewinnen Pläne dieser Art die so dringend nötige entwicklungsfördernde Dimension.